

Novo Argumente für den Fortschritt

09.02.2022

Pandemischer Szientismus

Von [Michael Esfeld](#)



Foto: [Marit Langschwager](#)

Wissenschaft, die sich in der Coronapolitik für die technokratische Steuerung der Bevölkerung missbrauchen lässt, schadet sich und der Gesellschaft. Neun Thesen eines Leopoldina-Mitglieds.

1. Nach fast zwei Jahren Corona-Politik geht es nicht mehr um einen Ausnahmezustand („epidemische Notlage“), in dem Grundrechte zeitweise ausgesetzt werden, um eine Notlage zu bewältigen. Der Ausnahmezustand ist zeitlich begrenzt und so konzipiert, dass man nach seinem Ende wieder zu den Verhältnissen zurückkehrt, die vor dem Eintreten der Notlage bestanden. Davon kann inzwischen keine Rede mehr sein. Es geht darum, eine „neue Normalität“ zu schaffen, die in einer umfassenden sozialen Kontrolle besteht.

Diese soziale Kontrolle erfolgt (zunächst?) durch Gesundheitspässe, die den Zugang zum Berufsleben und zum sozialen Leben generell regeln (3G, 2G, zumindest faktischer Zwang zu regelmäßigen Booster-Impfungen). Diese Situation wirft grundsätzliche Fragen zur Rolle des Staates und zur Rolle von Wissenschaft auf.

2. Die Epoche der Moderne ist durch das Duo von Wissenschaft und Rechtsstaat gekennzeichnet. Beide sind der Versuch, durch den Einsatz von Vernunft die Ausübung von Macht zu begrenzen. In der Wissenschaft muss man Beweise vorlegen, der Rechtsstaat hält die verschiedenen Gewalten durch checks and balances in Schach.

3. Wissenschaft ist eine Methode, um Wahrheit über die Welt herauszufinden. Als Methode ist sie sehr erfolgreich: Wir verdanken ihr einen enormen Gewinn an Lebensqualität und Lebensverlängerung. Wissenschaft ist aber kein politisches Programm, das man zur Steuerung der Gesellschaft einsetzen kann. Als politisches Programm – „follow the science“ – zerstört die Wissenschaft sich selbst und die Gesellschaft gleichermaßen.

„Die Corona-Politik ist der bisherige Höhepunkt eines neuen Szientismus und Kollektivismus.“

Wissenschaft als politisches Programm wird in der Fachsprache als „Szientismus“ bezeichnet und führt, politisch umgesetzt, zum Kollektivismus. Szientismus ist die Idee, dass der Gegenstandsbereich der Wissenschaft unbegrenzt ist und auch alle Aspekte unserer Existenz umfasst. So zum Beispiel auch die Moral: Wissenschaft gibt vor, was moralisch geboten ist. Diese Idee führt daher zu dem politischen Programm, die Gesellschaft gemäß wissenschaftlichen Vorgaben zu steuern. Dieses politische Programm ist ein Kollektivismus, weil eine wissenschaftliche Vorgabe für das allgemein Gute und seine Umsetzung über die Würde und die Rechte der einzelnen Menschen und ihrer sozialen Gemeinschaften wie der Familien gestellt wird. Seine Umsetzung läuft auf einen Totalitarismus hinaus, der in eine Gewaltherrschaft mündet.

4. Die Corona-Politik ist der bisherige Höhepunkt eines neuen Szientismus und Kollektivismus, der wesentliche Merkmale mit früheren Kollektivismen gemeinsam hat: (i) der Anspruch in einer Elite von Wissenschaftlern, das Wissen über ein allgemein Gutes zu haben; (ii) in Verbindung mit diesem Wissensanspruch ein technokratisches Menschenbild, das die Menschen als Objekte ansieht, deren Lebenswege auf dieses angebliche allgemeine Gute hin gelenkt werden können und sollen; (iii) die Aufnahme dieses Wissensanspruchs und dieses Menschenbildes in Politik und Medien mit dem Machtanspruch, die Gesellschaft entsprechend zu steuern.

5. Während Aufklärung gemäß Kant „der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“ ist, erleben wir zurzeit eine durch Wissenschaft, Politik und Medien geleitete Entmündigung der Menschen. Man suggeriert, dass die Menschen Vernunft gar nicht selbst einsetzen können, weil sie die Verantwortung nicht tragen können, die mit Selbstbestimmung verbunden ist. Man dehnt diese Verantwortung zunächst weit über den Handlungsspielraum der einzelnen Menschen hinaus aus, nämlich bis hin zu Verantwor-

tung für die Folgen in der Vergangenheit geschehenen Unrechts (Rassismus, Kolonialismus), für das Weltklima, für die Verbreitung von Viren usw. Die Suggestion einer unbegrenzten Verantwortung dient dazu, selbstbestimmtes Handeln durch fremdbestimmtes Handeln zu ersetzen, das von angeblicher Wissenschaft gesteuert ist. Auf diese Weise soll es akzeptabel erscheinen, die Ausübung von Freiheitsrechten unter den Vorbehalt der Genehmigung durch staatliche oder supranationale Autoritäten zu stellen: Der zertifizierte Mensch tritt an die Stelle des mündigen Bürgers.

6. Jede solche technokratische Planung richtet de facto großen Schaden für das Gut an, auf das sie ausgerichtet ist, hier den allgemeinen Gesundheitsschutz. Die gesellschaftlichen Schäden der so genannten Corona-Schutzmaßnahmen sind enorm. Eine geschwächte und gesplante Gesellschaft hat aber nicht die Kraft, eine Krise zu meistern. Dasselbe gilt auf der Ebene der einzelnen Menschen: Angst, Panik, Einschränkungen der sozialen Kontakte, nicht mehr den Dingen nachgehen zu können, die Lebensfreude bereiten, schwächt die Abwehrkräfte gegen Viren gewaltig.

„Die Kosten der so genannten Corona-Schutzmaßnahmen und die sozialen Spannungen, die sie hervorrufen, verhindern es, dass wir den Weg des technischen, wirtschaftlichen, medizinischen und sozialen Fortschritts weitergehen.“

Man kann nicht die Bewegungen der Menschen technokratisch steuern wollen, um die Ausbreitung eines Virus zu verlangsamen und dadurch deren Gesundheit zu schützen, ohne auf diese Weise die gesellschaftlichen und individuellen Ressourcen signifikant zu schwächen, welche die Kraft stiften, Krisen zu meistern. Die Kosten der so genannten Corona-Schutzmaßnahmen und die sozialen Spannungen, die sie hervorrufen, verhindern es, dass wir den Weg des technischen, wirtschaftlichen, medizinischen und sozialen Fortschritts weitergehen, der in den letzten Jahrzehnten zu einer großen Verbesserung der Gesundheit und der Lebenserwartung geführt hat.

7. Die technokratische Steuerung der Gesellschaft in der Corona-Krise weist erschreckende Parallelen mit früheren Totalitarismen auf: Man beruft sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse, aus denen sich angeblich politische Handlungsanweisungen ergeben, die über den Grundrechten stehen. Wissenschaftliche Erkenntnisse haben so nicht mehr den Status von Hypothesen, die man einer kritischen Prüfung durch Argument und Experiment unterzieht. Stattdessen erhalten sie den Status quasi-religiöser Wahrheiten, die man nicht in Frage stellen darf und die sogleich politisch umgesetzt werden sollen. Weil der Korrekturmechanismus ausgeschaltet ist, setzt man diese Politik dann fort ungeachtet der gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Schäden, die sie anrichtet.

Schließlich grenzt man bestimmte Personengruppen aus und macht sie dafür verantwortlich, dass das Ziel – hier weitere Corona-Virenwellen zu verhindern – nicht erreicht wird. Die Ungeimpften müssen die Konsequenzen dessen tragen, ein falsches Bewusstsein zu haben, weil sie ihr Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit in Anspruch nehmen und sich damit gegen „die Wissenschaft“ stellen (obwohl wir hier es nicht wie im Falle von Po-

cken oder Polio mit einer Situation zu tun haben, in der man ein Virus ausrotten kann durch eine einmalige Impfung des größten Teils der Bevölkerung mit Impfstoffen, deren Wirksamkeit und Ungefährlichkeit erwiesen ist). Wir gelangen mit dieser Ausgrenzung jetzt an den Punkt, an dem in der Geschichte das jeweilige Regime nur noch durch den Einsatz von Gewalt fortbestehen konnte: Das verheißene Ziel tritt nicht ein, und man hält das Kollektiv dadurch zusammen – und das eigene Narrativ aufrecht –, dass man Sündenböcke schafft und gegen diese mit zumindest verbaler Gewalt vorgeht.

„Die intellektuelle Dekonstruktion, die die Postmoderne antreibt und den Einsatz von Vernunft als Machtanspruch brandmarkt, endet in reiner Machtausübung in Wissenschaft und Gesellschaft.“

8. Wir sind dabei, die Moderne durch die real existierende Postmoderne abzulösen. Die intellektuelle Dekonstruktion, die die Postmoderne antreibt und den Einsatz von Vernunft als Machtanspruch brandmarkt, endet in reiner Machtausübung in Wissenschaft und Gesellschaft: Wenn Vernunft als Mittel entfällt, um Wahrheit herauszufinden, und wenn die Grundlage der Gesellschaft nicht mehr darin besteht, jeden als Person anzuerkennen mit unveräußerlichen Rechten, dann bleibt nur Gewalt. Nicht die Postmoderne, sondern die Moderne ist durch Pluralismus gekennzeichnet. Nach den leidvollen Erfahrungen der Religionskriege ist die Anerkennung universeller Menschenrechte politisch umgesetzt in republikanischen Rechtsstaaten der Versuch, einen politischen Rahmen zu schaffen, innerhalb dessen verschiedene Lebensformen, Religionen, Kulturen usw. friedlich miteinander zusammenleben können.

9. Die Rückkehr zum Einsatz von Vernunft – und damit das Fortschreiten auf dem Weg der Moderne – ist intellektuell einfach: Es erfordert nicht mehr als den Mut, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen. Das dazu benötigte Wissen ist kein Expertenwissen, sondern Allgemeingut. Dabei geht es nicht um die Freiheit als solche selbst. Es geht darum, dass der republikanische Rechtsstaat auf der Basis der Anerkennung der Grundrechte aller am besten geeignet ist, die Lebensgrundlagen der Menschen zu sichern.

Es geht also um die Grundlagen für Lebensqualität, was auch immer dann Einzelne und soziale Gemeinschaften als ihren Lebensinhalt bestimmen mögen. Das liegt in der Freiheit jedes einzelnen. Diese Freiheit sollten wir aus Gründen der gesellschaftlichen Verantwortung – der Sorge um den wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt – wieder respektieren. Denn der postmoderne Kollektivismus zerstört letztlich – genau wie die früheren Kollektivismen – die Lebensgrundlagen aller (bis auf die einer kleinen Elite, welche die Macht zur Konstruktion der Realität hat und von dieser Konstruktion auch wirtschaftlich profitiert).

Der Autor stelle diese Thesen beim Berliner Salon des Freiblickinstituts am 27. Januar 2022 unter dem Titel „[Wissenschaft und Pandemie: Wie geht es weiter](#)“ zur Diskussion.